

Sozialökologische Steuerreform – ein Argumentarium

[Februar 2015]

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Für das Projekt „Wachstum im Wandel“ des Österreichischen Lebensministeriums konnten wir zwei Studien [„Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke“](#) sowie [„Zur Zukunft der Arbeit“](#) verfassen. In der Publikation [„Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten“](#) ist eine Vielzahl an Fakten und Argumenten für eine notwendige Umsteuerung aufgelistet.

Mit dem folgenden Argumentarium legen wir unsere Sichtweise zur aktuellen Debatte über eine Steuerreform in Österreich dar, die – wie Pressemeldungen zeigen – zum „faulen“ Kompromiss zu verkommen droht.

1. Die **steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit** ist ein Gebot der Stunde, nicht nur weil damit den ArbeitnehmerInnen mehr Einkommen zur Verfügung steht, sondern weil dies die arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetriebe entlastet. Zudem entstehen neue Arbeitsplätze in Zukunft (und auch schon heute) vornehmlich im Dienstleistungssektor, der – anders als der Produktionssektor – kaum Rationalisierungspotenziale bietet. Die Dienstleistung der Friseurin lässt sich ebenso wenig rationalisieren wie die Betreuung von Kindern, Kranken oder alten Menschen. Eine „Verbilligung“ der Arbeit macht daher doppelt Sinn. **Wir plädieren jedoch für eine steuerliche Entlastung nur der mittleren und unteren Einkommen, um damit der auch in Österreich hohen Einkommensspreizung entgegenzuwirken.** Die Steuerreform darf aber nicht auf die Entlastung des Faktors Arbeit beschränkt bleiben und auf die Hoffnung, die Kosten allein ausgabenseitig, etwa eine Verwaltungsreform, sowie durch neue Konsumsteuern aufbringen zu können. Die ArbeitnehmerInnen würden sich bei letzterem die Steuerentlastung selbst finanzieren. Eines unserer Mitglieder – ein erfolgreicher Salzburger Unternehmer – hat uns folgende Berechnung zur gegenwärtigen Abgabenbelastung auf den Faktor Arbeit übermittelt (ist auch mit Lohnkostenrechner zu verifizieren, Zahlen gerundet, ohne 13./14. Monatsgehalt):

Brutto- monatslohn	DN- Beiträge	Netto- lohn	DG- Beiträge	Gesamt- lohnkosten	Gesamt- abgaben	Anteil Abgaben
1000 €	150 €	850 €	310 €	1310 €	460 €	35 %
2000 €	590 €	1410 €	620 €	2620 €	1210 €	46 %
3000 €	1095 €	1905 €	930 €	3930 €	2025 €	52 %

Die Kapitalertragssteuer (KEST) liegt mit 25 % um die Hälfte niedriger. Daher plädieren wir für den Ersatz lohnbezogener durch kapitalertragsbezogene Steuern. Warum sollen Kapitalerträge nicht auch zur Finanzierung der Sozialversicherungen herangezogen werden, wie etwa in der Schweiz, wo alle Arten von Einkommen hierfür herangezogen werden?

2. Mit seiner Politik des „**New Deal**“ hat US-Präsident Roosevelt 1932 die Wirtschaft aus der Depression geführt, den Zusammenhalt gestärkt und die Bestverdiener erfolgreich um einen Solidarbeitrag gebeten. Die hohen Einkommen wurden vorübergehend mit 75 % besteuert. Im Unterschied zur Weimarer Republik, in der ein harter Sparkurs von Reichskanzler Brüning nicht erfolgreich war, hat sich das Budgetdefizit in den USA aufgrund dieser Maßnahmen nicht erhöht. Der Ökonom *Raimund Dietz*, Autor von [„Geld und Schuld“](#), war kürzlich zu Gast beim „Club of Vienna“ ([Videobeitrag](#)): Er ist überzeugt, dass die Beteiligung der Bestverdiener (laut Statistik der Nationalbank besitzen die reichsten 1 % ein Geldvermögen von 200 Milliarden) pragmatisch geführt werden soll. Um die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben auch in Zukunft sicherstellen zu können, ist eine faire Heranziehung aller BürgerInnen nach ihrem Vermögen geboten. Die zunehmende Vermögenskonzentration wirkt nicht nur gesellschaftsspaltend und schädlich für das Zusammenleben (wie die britische Studie „Gleichheit ist Glück“ von Wilkinson/Picket zeigt), sondern ist auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv, weil sie der Wirtschaft und Gesellschaft notwendige Ressourcen entzieht. Ausgangspunkt müsste **Leistungsgerechtigkeit** sein. Einkommen aus Arbeit – ob als ArbeitnehmerIn oder aus selbstständiger Tätigkeit – basiert auf eigener Leistung. Zu diskutieren wäre hier nur, wieweit Leistung und Einkommen im adäquaten Verhältnis sind. Einkommen aus Vermögen – ob aus Kapitalanlagen oder Mieteinnahmen aus Immobilien – erfordert nur begrenzt eigene Leistung. Ähnlich verhält es sich bei geerbtem Vermögen, das einem qua Geburt zufällt. Laut der Studie der Österreichischen Nationalbank [„Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich“](#) verfügt das reichste 1 Prozent der Haushalte in Österreich (ca.40.000) über ein Geldnettovermögen von 200 Milliarden Euro verfügt. Wer bei einer Solidarabgabe dieser Gruppe von neuen „Belastungen für den Mittelstand“ warnt betreibt Gehirnwäsche. Laut einer aktuellen OECD-Studie [„Household Finance and Consumption Survey“](#) liegt Österreich bei vermögensbezogenen Steuern mit 1,7 % an den Gesamtsteuereinnahmen im untersten Feld (OECD-Durchschnitt = 5,5%). **Die Beteiligung der vermögenderen Gesellschaftsmitglieder am erforderlichen Steueraufkommen, wie immer diese im Detail aussieht, soll daher entideologisiert, pragmatisch und frei von Lobbyinteressen geführt werden.** Bei entsprechendem Hinweis auf die bevorstehenden Konsequenzen sind die Betroffenen durchaus bereit, das Land auch in eigenem Interesse aus der Krise zu führen, wie die Steuerinitiative von Reichen in Deutschland zeigt.
3. Neben der sozialen Ausrichtung brauchen wir auch eine **Ökologisierung des Steuersystems**, die etwa *Ernst Ulrich von Weizsäcker* seit vielen Jahren einfordert. Die höhere Besteuerung fossiler Treibstoffe gilt neben Positivanreizen (wie Förderung erneuerbarer Energien oder Ausbau des Öffentlichen Verkehrs) als wirksamste Maßnahme, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Laut einer aktuellen Studie ([„COIN – Cost of Inaction: Assessing the Costs of Climate Change for Austria“](#)) des BMFLUW die jährlichen Kosten des Klimawandels in Österreich 1 Mrd. Euro. In der aktuellen Steuerreformdebatte vermissen wir diesen Aspekt. Die Finanzierung der Energiewende erfordert ebenso wie der Ausbau von Bildung und Forschung (als Zukunftstreiber) nicht weniger, sondern mehr staatliche Mittel. Die bedeutende Rolle des Staates als Innovator hat kürzlich die britische Ökonomin *Renato Mazuccatto* in [„Das Kapital des Staates“](#) treffend dargelegt. Doch allein grüne Technologien werden nicht reichen, dies zeigen zahlreiche Befunde aus der Nachhaltigkeitsforschung. Die **Effizienz- und Konsistenzstrategie** (Besser machen, naturan-

gepasste Lösungen) sind zu ergänzen durch eine **Suffizienzstrategie**. Gemeint ist damit Begrenzung, das Anerkennen eines „Genug“, auch wenn dies in der politischen Nachhaltigkeitsdebatte ungern gehört wird, weil man – wie wir denken – zu Unrecht glaubt, damit WählerInnen zu vergrämen. Um den Ressourcenverbrauch ernsthaft zu verringern, brauchen wir in manchen Sektoren sogar Schrumpfung: Wir konsumieren und produzieren zu viel. Das führt zum Nächsten.

4. Zur Gänze vermissen wir in der Steuerreformdebatte die **Auseinandersetzung mit einem neuen Wachstumsverständnis**. Während Wirtschaftsforschungsinstitute laufend ihre Wachstumsprognosen revidieren müssen, hält die Politik noch immer – von Ausnahmen abgesehen – am Wachstumsparadigma fest. Aus Forschungen über eine Postwachstumsökonomie (genannt seien etwa der britische Ökologe und Regierungsberater Tim Jackson mit [„Welfare without Growth“](#) oder der deutsche Umweltökonom Niko Paech mit [„Befreiung vom Überfluss“](#)) wissen wir, dass aus ökologischen, aber auch ökonomischen Gründen Wirtschaftswachstum begrenzt ist. In anderen Worten: reife Volkswirtschaften hören auf zu wachsen und verwandeln sich in „Steady Economies“ - das war bereits bei John Stuart Mill oder später John Maynard Keynes oder Ludwig Erhard nachzulesen. Nicht weil reife Ökonomien nicht mehr erfolgreich seien, sondern eben weil sie so erfolgreich sind. Exponentielles Wachstum ist auf Dauer unmöglich. Wenn die Produktivitätsfortschritte die Konsumptionsmöglichkeiten überschreiten, treten wir in die Phase der Überproduktion bzw. Marktsättigung. Das heißt nicht, dass gar nichts mehr wachsen soll. Aus ökologischen, vielleicht auch kulturellen Gründen gebotenen Beschränkungen im Güterkonsum (Stichworte wären „Weniger“, „Besser“, „Länger nutzen“) steht Wachstum im Bereich „Grüner Technologien“ sowie öffentlicher Leistungen wie bessere Bildung, mehr und bessere Kinderbetreuung sowie die wichtiger werdende Betreuung älterer Menschen gegenüber. „Öffentlicher Konsum“ wird wichtiger als die weitere Steigerung des privaten Konsums. Rückläufige Konsumnachfrage aufgrund von Sättigungstendenzen sowie schwindende Rationalisierungspotenziale in der Dienstleistungsgesellschaft sehen *Christine Ax* und *Fritz Hinterberger* in [„Wachstumswahn“](#) als wesentliche Ursachen für stagnierendes Wirtschaftswachstum (vgl. auch unser Papier [„Sechs gängige Argumente für Wirtschaftswachstum und ihre kritische Hinterfragung“](#)).
5. Eng mit der Frage des schwindenden Wirtschaftswachstums hängt die **Überwindung der auch in erfolgreichen Ökonomien steigenden Arbeitslosigkeit** zusammen. Wir gehen mit mittlerweile zahlreichen ExpertInnen davon aus, dass in hochentwickelten Ökonomien Arbeitslosigkeit nicht mehr ohne eine Neuverteilung des vorhandenen Erwerbsarbeitsvolumens mittels innovativer Arbeitszeitmodelle sowie durch weitere Arbeitszeitverkürzungen verringert bzw. hintangehalten werden kann. Neben dem Abbau von Überstunden brauchen wir neue, den jeweiligen Lebenssituationen der Menschen angepasste Wunscharbeitszeitmodelle (etwa Halbtagsarbeit für Frauen und Männer in der Familienphase, schrittweises Gleiten in die Pension), die die Lebensqualität der ArbeitnehmerInnen erhöhen und höhere Beschäftigungsquoten jenseits des Wachstumszwangs ermöglichen (siehe unseren Beitrag: Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Fragen neu stellen). Arbeitszeitverkürzung gibt es nicht zum Nulltarif, aber hohe Arbeitslosigkeit ist auf Dauer volkswirtschaftlich viel teurer. Denkbar sind flexible Modelle der Arbeitszeitverkürzung bezogen auf die jeweiligen Lebensphasen der Menschen sowie bezogen auf deren Vergütung – z. B. mit gestaffeltem Lohnausgleich bei mittleren und niedrigen Einkommen und ohne Lohnausgleich bei hohen Einkommen - nach dem Prinzip Tausch Freizeit gegen Einkommen (mehr siehe Kapitel „Arbeit neu denken“, in dem eingangs zitierten JBZ-Buch „Neuer Wohlstand“).
6. Selbstverständlich ist Österreichs Wirtschaft in die europäische Wirtschaft eingebettet. Es braucht daher auch **europäische Lösungen**. Der renommierte Wirtschaftsforscher *Stephan Schulmeister* fordert einen „New Deal“ für Europa, also ein Wachstumsprogramm (vgl. „Mitten

in der Krise. Ein New Deal für Europa“ sowie „Wege aus der Krise: Ein New Deal für Europa“). Doch Schulmeister sieht diesen New Deal sehr differenziert. Neben einer - mittlerweile umgesetzten - Niedrigzinspolitik (Zins unter realer Wachstumsrate), der Förderung der Realwirtschaft bei gleichzeitiger Zurückdrängung der spekulativen Finanzgeschäfte (nur teilweise gelungen) sowie grünen Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz schlägt Schulmeister eine europäische Geld- und Sozialpolitik vor, die wirtschaftsschwächere Staaten aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte herauslöst und – man hört richtig – eine EU-weite Mindestsicherung garantiert. In reichen Ländern plädiert der Ökonom für flexible, neue Arbeitszeitmodelle, die den Arbeitsmarkt entlasten und die Lebensqualität der Menschen steigern, sowie für die Ausweitung öffentlicher Leistungen wie Bildung oder Gesundheitsvorsorge. Die Vermögenden sollen – wie im New Deal der 1930-Jahre durch US-Präsident Roosevelt – bedeutend stärker zur Finanzierung der Umwelt- und Sozialprogramme beteiligt werden (siehe Punkt 2, 3).

7. **Letztlich ist Wirtschaft global zu denken.** Das Ziel „guten Wirtschaftens“ wäre demnach, dass zunächst die Grundbedürfnisse („needs“) aller ErdenbürgerInnen befriedigt werden und erst danach die weiteren Konsumwünsche („wants“). Der Kapitalismus mag einzelwirtschaftlich effizient sein (mit immer weniger Arbeitsaufwand wird immer mehr produziert), gesamtwirtschaftlich versagt er: produziert wird nicht für jene, die den größten Bedarf haben, sondern über die größte Kaufkraft verfügen. Das ist Wirtschaftsversagen. Doch wie herauskommen? Es geht in der Tat um Weltwirtschafts-, Weltsozial- und Weltentwicklungspolitik. Im Klartext hieße dies: Investiert wird in Zukunft dort, wo tatsächlich noch Bedarf besteht – vor allem nach Gütern der Grundversorgung. Da gibt es ohnehin noch viel zu tun. Die Angst vor einer weltweiten Deflation ist daher unbegründet. *Franz Josef Radermacher* fordert in „[Welt mit Zukunft](#)“ seit vielen Jahren einen Global Marshall Plan, über den jährlich 100 Mrd. Dollar zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit lukriert werden sollen. Die versprochene Erhöhung der nationalen Budgets für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts (Österreich liegt derzeit bei 0,35 Prozent) wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Konzepte wie jene des Global Marshall Plans, der NGO attac oder des World Future Council fordern darüber hinaus Globalsteuern auf Finanztransaktionen, hohe Vermögen, CO₂-Emissionen, Rüstungsgeschäfte oder auf den Welthandel insgesamt, von dem bislang vornehmlich die reichen Staaten profitieren. Wir halten diese Forderungen für sinnvoll und unterstützen etwa die Global Marshall Plan-Initiative. Zugleich wissen wir, dass derzeit die entscheidenden Akteure (G7-Staaten) nicht willens sind, solche Weltsteuern umzusetzen. Das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 kann jedoch ein Anlass sein, darüber verstärkt nachzudenken.

Mag. Hans Holzinger
Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Nachhaltigkeitsexperte
der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Ausführliche Besprechungen der zitierten Publikationen finden Sie unter www.prozukunft.org, der Online-Ausgabe unserer Zeitschrift Pro Zukunft.

Adresse: Strubergasse 18/2 | 5020 Salzburg
Email: jungk-bibliothek@salzburg.at
Homepage: www.jungk-bibliothek.at
Tel. 0662.873206